



Der Beitrag analysiert die ambivalente Bilanz der AlphaDekade (2016-2026) und plädiert für eine strukturelle und dauerhafte Verankerung von Grundbildung als fundamentalem Menschenrecht und integralem Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge. Grundbildung wird als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden, die Ressourcenorientierung, Teilhabegerechtigkeit sowie Vielfalt in Bezug auf individuelle Lernwünsche, Lebenslagen und Lernformate erfordert. Der Text fordert ein Ende der befristeten Projektlogik zugunsten einer gesicherten Regelförderung und einer klaren politischen Verantwortungsübernahme.

The article analyses the ambivalent outcomes of the Alpha Decade (2016-2026) and advocates for the structural and long-term anchoring of basic education as a fundamental human right and an integral part of public provision. Basic education is understood as a collective societal responsibility that requires a resource-oriented approach, educational equity, and diversity with regard to individual learning needs, life circumstances, and learning formats. The text calls for an end to temporary project-based logic in favour of secure core funding and clear political responsibility.

Schlagworte: Grundbildung; Schriftspracherwerb; Daseinsvorsorge; Regelförderung; Bildungsgerechtigkeit; Basic education; literacy; public provision; structural funding; educational justice

Zitiervorschlag: Vanderheiden, Elisabeth (2025). *Grundbildung ist kein Projekt!: Perspektiven zum Ende der AlphaDekade 2026*. *Hessische Blätter für Volksbildung*, 75(4), 44-47. Bielefeld: wbv Publikation. <https://doi.org/10.3278/HBV2504W007>

Grundbildung ist kein Projekt!

Perspektiven zum Ende der AlphaDekade 2026

aus: Grundbildung zum Ende der AlphaDekade - Bilanz und Perspektiven (HBV2504W)
Erscheinungsjahr: 2025
Seiten: 44 - 47
DOI: 10.3278/HBV2504W007



Grundbildung ist kein Projekt!

Perspektiven zum Ende der AlphaDekade 2026

ELISABETH VANDERHEIDEN

Zusammenfassung

Der Beitrag analysiert die ambivalente Bilanz der AlphaDekade (2016–2026) und plädiert für eine strukturelle und dauerhafte Verankerung von Grundbildung als fundamentalem Menschenrecht und integralem Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge. Grundbildung wird als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden, die Ressourcenorientierung, Teilhabegerechtigkeit sowie Vielfalt in Bezug auf individuelle Lernwünsche, Lebenslagen und Lernformate erfordert. Der Text fordert ein Ende der befristeten Projektlogik zugunsten einer gesicherten Regelförderung und einer klaren politischen Verantwortungsübernahme.

Stichwörter: Grundbildung; Schriftspracherwerb; Daseinsvorsorge; Regelförderung; Bildungsgerechtigkeit

Abstract

The article analyses the ambivalent outcomes of the Alpha Decade (2016–2026) and advocates for the structural and long-term anchoring of basic education as a fundamental human right and an integral part of public provision. Basic education is understood as a collective societal responsibility that requires a resource-oriented approach, educational equity, and diversity with regard to individual learning needs, life circumstances, and learning formats. The text calls for an end to temporary project-based logic in favour of secure core funding and clear political responsibility.

Keywords: Basic education; literacy; public provision; structural funding; educational justice

Die AlphaDekade (2016–2026) neigt sich ihrem Ende zu. Und ihre Zukunft bleibt hoch nebulös, heißt es doch im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung lediglich vage: „Aufbauend auf der AlphaDekade stärken wir mit den Ländern die Strukturen und

Netzwerke. Wir legen zusätzliche Schwerpunkte auf Demokratie-, Gesundheits- und digitale Grundbildung“ (CDU, CSU und SPD 2025, S. 77).

Zwar wurden zahlreiche – und auch vielgestaltige – Projekte und Programme auf nationaler Ebene realisiert, dennoch zeigt sich nach fast zehn Jahren ein ambivalentes Bild: Trotz wichtiger Fortschritte bleiben Zugänge zu Schriftspracherwerbsangeboten und Grundbildung für viele Erwachsene eine Herausforderung, vor allem auch, weil sie je spezifischen Förderlogiken unterworfen sind. Während die zahlreichen Projektförderungen sicherlich auch punktuelle Erfolge zeigen konnten, fehlt es weiterhin an einer systematischen Gesamtstrategie, die über das bloße Nebeneinander von Einzelmaßnahmen hinausgeht.

Die bisherige Praxis, Grundbildung primär in zeitlich begrenzten Projekten zu denken und zu fördern, hat strukturelle Defizite offenbart: Wertvolle Erfahrungen und Expertise gehen verloren, wenn Projekte auslaufen; Kontinuität für Lernende und Lehrkräfte ist nicht gesichert und die Abhängigkeit von Teilnehmendenzahlen führt dazu, dass gerade in ländlichen Räumen kaum nachhaltige Angebote entstehen können. Eine besondere Problematik stellt dabei die zunehmende Verlagerung der Grundbildungsförderung auf den Europäischen Sozialfonds (ESF) in vielen Bundesländern dar – mit all den damit verbundenen Einschränkungen und Unsicherheiten. Gerade die Förderlogik des ESF mit ihrer starken Arbeitsmarktorientierung und dem faktischen Ausschluss bestimmter Zielgruppen steht diesem umfassenden Bildungsverständnis entgegen. Zudem bedeutet die ESF-Förderung für die Bildungsträger einen immensen bürokratischen Aufwand, der wertvolle Ressourcen bindet, die eigentlich in die pädagogische Arbeit fließen sollten. Nicht zuletzt besteht die akute Gefahr, dass bei einer Änderung der europäischen Förderschwerpunkte in der kommenden ESF-Periode ganze Grundbildungsstrukturen in Deutschland wegbrechen könnten.

Spätestens jetzt ist es an der Zeit, die Grundbildung von einer temporären Förderprogrammatik hin zu einer strukturellen und dauerhaften Verankerung zu verschieben. Grundbildung darf nicht länger als Projekt verstanden werden, sondern muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe dauerhaft verankert sein.

Grundbildung ist weit mehr als eine zweckdienliche pädagogische Intervention oder arbeitsmarktpolitische Maßnahme, nämlich ein fundamentales Menschenrecht. Wem das Lesen, Schreiben und Rechnen leichtfällt, hat einen mühelosen Zugang zur Welt – zu gesellschaftlicher Teilhabe, demokratischer Mitbestimmung und individueller Entfaltung. Ein solches Recht lässt sich weder befristen noch verhandeln. Und es darf erst recht nicht an Förderzyklen und -logiken geknüpft werden. Was es braucht, ist eine strukturelle Verankerung in einer angemessen ausgestatteten Erwachsenenbildung, dauerhaft, verlässlich, öffentlich finanziert.

Grundbildung muss Lebensrealitäten ernst nehmen. Lange waren viele Maßnahmen defizitorientiert ausgerichtet und haben nicht berücksichtigt, über wie viele Kompetenzen Menschen mit Grundbildungslernbedarfen in einer so stark schriftsprachorientierten Kultur wie der unseren verfügen müssen, um ihr Leben bewältigen und gestalten zu können. Grundbildung muss wertschätzend an diese Ressourcen anknüpfen. Sie muss leicht erreichbar, zugänglich, niedrigschwellig, lebenswelt- und alltagsnah gestaltet sein.

Was es braucht, ist ein Gefüge flexibler Lerngelegenheiten, das sich an den Lebenseumständen und Lernwünschen der Lernenden orientiert: Angebote, die formal und methodisch vielfältig sind, die zeitlich und räumlich passen, die es erlauben, jederzeit einsteigen zu können – ab der ersten Person –, und weiterzulernen, wenn das Leben es erlaubt. Lerncafés, Gesprächskreise, Kurse, digitale Formate oder Einzelbegleitungen: All das sollte möglich sein und gefördert werden; idealerweise aufeinander abgestimmt, ineinandergreifend und anpassbar sein.

Schriftspracherwerb ist kein bloßer Kompetenzerwerb, sondern ein Prozess des Weltverständens, der Weltaneignung und der Weltgestaltung (Vanderheiden et al. 2025). In diesem Sinne reicht Grundbildung weit über das Re- oder Upskilling, von dem die Europäische Union so gerne spricht, hinaus. Es geht um Ermächtigung, um Selbstwirksamkeit, darum, gesehen, ernst genommen und einbezogen zu werden, wie es die Selbsthilfeorganisationen von Lernenden zu Recht einfordern, und um erweiterte Orientierungs-, Bewertungs-, Handlungs-, Gestaltungs- und Mitwirkungsoptionen.

Daher ist ein erweitertes Verständnis von Grundbildung – etwa in Richtung digitale und politische Bildung – unterstützenswert. In einer Welt, in der Informationen in hoher Geschwindigkeit zirkulieren, Desinformation alltäglich ist und Manipulation leicht gelingt, ist Grundbildung unverzichtbar. Sie eröffnet Räume für den kritischen Diskurs und das Aushalten von Ambiguitäten, das Anerkennen von Brüchen im Leben der Menschen und in Gesellschaften. Unverzichtbar angesichts eines gesellschaftlichen Klimas, das von Polarisierung und Ausgrenzung geprägt ist und zivilgesellschaftliches Engagement in Misskredit bringt, und definitiv ein substanzialer Beitrag für sozialen Frieden und Gerechtigkeit.

Grundbildung ist keine kurzfristige Reaktion auf aktuelle Arbeitsmarktbedarfe, sondern muss Teil einer öffentlich verantworteten Bildungsinfrastruktur in einem pluralen und subsidiären System sein. Sie ist Teil der Daseinsvorsorge – ebenso wie Wasser, Energie oder medizinische Versorgung. Daraus folgt: Sie muss verlässlich, dauerhaft und mit klarer Verantwortung zwischen Bund, Ländern und gemeinwohlorientierten Weiterbildungsträgern organisiert sein. Was es braucht, ist:

- eine gesetzliche Verankerung als Pflichtaufgabe der öffentlichen Hand,
- Finanzierungssicherheit jenseits projektbezogener Logiken als Bestandteil der Regelförderung,
- eine öffentliche Finanzierung der Ausbildung und kontinuierlichen Qualifizierung von Lehrkräften – statt einer Abwälzung der Kosten auf Lehrkräfte und Grundbildungsträger,
- angemessene Honorare, die Wertschätzung ausdrücken und Existenz sichern, und Rechtssicherheit in Hinblick auf die Statusfeststellungsverfahren sowie Widerspruchsfreiheit in Bezug auf die Weiterbildungsgesetze der Länder.
- starke Netzwerke und kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit, die das Thema auf wertschätzende Weise sichtbar und anschlussfähig machen.

Das Ende der AlphaDekade kann kein Schlusspunkt sein, allenfalls ein Meilenstein, an dem sich entscheidet, wie ernst wir es tatsächlich mit der Grundbildung meinen.

Für die Zukunft muss das bedeuten: Weg von kurzfristiger Projektförderung und unsicherer ESF-Abhängigkeit, hin zu einer nachhaltigen, bundesweit abgestimmten Grundbildungsförderung, die die Lernwünsche der Menschen und vorhandenen Kompetenzen der Weiterbildungsträger würdigt und stärkt. Der Bund darf sich hier nicht aus der Verantwortung ziehen und die Länder und Kommunen mit den strukturellen Lasten alleinlassen. Andernfalls droht nach 2026 voraussichtlich ein dramatischer Rückschritt in den mühsam aufgebauten Grundbildungsstrukturen, der ange-sichts der gesellschaftlichen Herausforderungen unverantwortlich wäre.

Grundbildung ist ein Grundrecht. Wer dieses Recht sichern und verwirklichen will – und ist das nicht eine zentrale Aufgabe von Legislative und Exekutive? –, braucht verlässliche Weiterbildungsexpertinnen und -experten, eine stabile und langfristige Förderung sowie ein unmissverständliches Bekenntnis zur Grundbildung (Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e. V. 2025) – in Worten und in Taten.

Literatur

- Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e. V. (2025). *Forderung zur Bundestagswahl 2025: Bekenntnis zur Alphabetisierung und Grundbildung gefordert – Alphabetisierung und Grundbildung sicherstellen – nahtlos an die AlphaDekade 2016–2026 anknüpfen!* https://alphabetisierung.de/wp-content/uploads/2025/01/Forderungen-Bundestagswahl-BVAG_28.01.2025.pdf.
- CDU, CSU & SPD (2025). *Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 21. Legislaturperiode.* https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag_2025.pdf.
- Vanderheiden, E., Mayer, C.-H. & Barcelos, A. M. F. (2025). *Pedagogical Love in Adult Education: New Perspectives in Nurturing Learning, Growth and Transformation*. Springer, Cham. <https://doi.org/10.1007/978-3-031-82046-5>

Autorin

Elisabeth Vanderheiden, Erwachsenenbildnerin und freie Forscherin. Sie ist Mitglied des Kuratoriums der AlphaDekade und Bundesvorsitzende der Katholischen Erwachsenenbildung Deutschland sowie Geschäftsführerin des Katholischen Erwachsenenbildungswerks Rheinland-Pfalz.

Review

Dieser Beitrag wurde nach der qualitativen Prüfung durch die Redaktionskonferenz am 03.07.2025 zur Veröffentlichung angenommen.

This article was accepted for publication following the editorial meeting on the 3rd of July 2025.